
Unsere Forderungen für die ersten 12 Monate im Detail

Für den ÖPNV

- Umsetzung der Ziele des Mobilitätsgesetzes und deshalb Einstieg in die Verkehrswende (Faktor 2) mit einer deutlichen Aufstockung der Fördermittel für den kommunalen ÖPNV im ÖPNV-Gesetz – jährlich ansteigend
- Fördermittel für alternative Antriebe im Busverkehr insbesondere zum Aufbau von Ladeinfrastruktur – aber vorübergehend auch für Busse
- Fördermittel für Barrierefreiheit und Straßenbahnfahrzeuge (§11 ÖPNV-G) ab 2025 weiterführen und die Förder-summe auf einen Mittelwert von mindestens 16 Mio. € verstetigen.
- Dauerhafte Förderung der Plusbus-Linien – jährlich ansteigend
- Sicherung der Finanzierung und Anwendung des Deutschland-Tickets im engen Kontakt mit dem Bund
- Aufbau eines Schnellbussystems als Vorwegnahme von i2030-Projekten mit Landesmitteln
- Prüfung der Effektivität des Projekts i2030 und Beschleunigung der Umsetzung
- Eine Reaktivierungsstudie SPNV beauftragen: Was geht mittel- bis langfristig bzw. ist sinnvoll für die Mobilität und wirtschaftlich realisierbar?

Unsere Forderungen für die ersten 12 Monate im Detail

Für den Schienengüterverkehr

- Ein Landes-Güterverkehrskonzept erarbeiten und einen eigenen Teil für Güterverkehr in das Mobilitätsgesetz integrieren
- Fördermittel des Landes für nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur in Höhe von 5 Mio. € verstetigen
- Die Stelle oder Funktion eines „Railcoaches“ des Landes schaffen, um bei Industrie und Gewerbe ein Verständnis für die konkrete Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene zu schaffen
- Beim Bund massiv für weitere Elektrifizierung von Schienenstrecken eintreten. Ziel soll es sein, zunächst mindestens den Bundesdurchschnitt bei elektrifizierten Strecken von 61 % zu erreichen
- Den Ausbau von Korridoren für den Schienengüterverkehr zu einem Landesprojekt machen, um Verlagerungspotenziale zu ermöglichen